

DER BREMER ANTIFASCHIST

0,50 EUR

Landesvereinigung Bremen der VVN – Bund der Antifaschistinnen und Antifaschisten

Nummer 398 / September 2026

Schulstreik am 12. Mai – Redebeitrag der VVN-BdA Bremen

Mein Name ist Regine Albrecht, ich spreche hier für die VVN-BdA. Wir wurden eingeladen hier einen Redebeitrag zu halten und bedanken uns dafür.

VVN-BdA steht für „Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes – Bund der Antifaschistinnen und Antifaschisten“. Die Organisation wurde im Jahr 1947 gegründet, ist also 79 Jahre alt, und entstand aus unterschiedlichen antifaschistischen Zusammenschlüssen, die sich gleich nach dem Ende des Kriegs am 08. Mai gebildet hatten. In Bremen z.B. war es die Kampfgemeinschaft gegen Faschismus.

Es ging und geht darum, die Politik im Sinne des Schwurs der Häftlinge des KZ Buchenwald nach ihrer Selbstbefreiung zu beeinflussen. In dem Schwur heißt es: *„Die Vernichtung des Nazismus mit seinen Wurzeln ist unsere Losung. Der Aufbau einer Welt des Friedens und der Freiheit ist unser Ziel.“*

Das war zwei Jahre nach einem Krieg, den Deutschland begonnen hatte, der 50 – 60 Millionen Menschen das Leben kostete und einen Trümmerhaufen hinterlassen hat. Der aber auch nicht wenige reich gemacht hat: sie hießen IG Farben, Krupp, Deutsche Bank, Siemens, Degussa, Daimler, Kühne & Nagel, um nur einige Namen zu nennen. Es war ihr Krieg, es waren ihre Profite. Den Krieg haben sie verloren, die Profite nicht. Zumindest in den drei Besatzungszonen nicht, die dann 1949 zur Bundesrepublik Deutschland wurden.

Der Kampf gegen die Wiedereinführung der Wehrpflicht und die Kriegsmobilmachung, den ihr heute mit dem Schulstreik führt, hat eine längere Vorgeschichte und es ist vielleicht nützlich, wenn man die kennt. Denn es ist eine sehr grundsätzliche Auseinandersetzung.

Im Potsdamer Abkommen vom August 1945 war in Bezug auf die Armee folgendes festgelegt worden: *„Alle deutschen Streitkräfte zu Land, zur See und in der Luft (...) mit allen ihren Organisationen, Stäben und Einrichtungen, einschließlich des Generalstabes, des Offizierskorps, Reservekorps, der Militärschulen, Organisationen ehemaliger Kriegsteilnehmer und aller anderen militä-*

rischen und quasi-militärischen Organisationen (...) sind vollständig und endgültig aufzulösen.“



„Alle Arten militärischer Ausbildung, militärischer Propaganda, militärischer Betätigung jeglicher Natur sind dem deutschen Volk verboten, ebenso die Bildung irgendwelcher Organisationen zum Zweck der Förderung von militärischer Ausbildung irgendwelcher Art (...)“

Der Großteil der Bevölkerung hatte auch die Schnauze voll vom Krieg. Und so gaben auch Politiker antimilitaristische und pazifistische Sätze von sich. Zum Beispiel ein Franz Josef Strauß von der CSU im Jahr 1949: *„Wer noch einmal ein Gewehr in die Hand nehmen will, dem soll die Hand abfallen.“* Und der SPD-Politiker Carlo Schmid erklärte 1946: *„Wir wollen unsere Söhne niemals mehr in die Kasernen schicken, (...) Wir wollen in Deutschland keinen Krieg mehr führen, und wir wollen darum auch keine Vorbereitungen treffen, die das Kriegführen ermöglichen können, weder im politischen noch im wirtschaftlichen Sinne.“* (Zitiert nach Matthias Münch: Bundeswehr – Gefahr für die Demokratie? Köln, 1983.)

Das waren die Sätze für das breite Publikum. In Wirklichkeit tagten spätestens seit 1947 die Zirkel aus Nazi-Generälen und westdeutschen Politikern, um die Wiederbewaffnung vorzubereiten.

Und im Dezember 1949 gab der Bundeskanzler Adenauer in einem Zeitungsinterview quasi offiziell bekannt, dass die BRD

wieder eine Armee und Soldaten haben sollte.

Die Opposition, die sich daraufhin in der Bevölkerung bildete, hatte eine Breite und Größe, von der wir heute bislang nur träumen können.

Ein Jahr lang, vom Frühjahr 1951 bis Frühjahr 1952, führten die Gegner der Remilitarisierung eine Volksbefragung durch, die von der Bundesregierung als „staatsgefährdend“ verboten worden war.

Es war eine riesige Mobilisierung, die trotz dieses Verbots erreicht wurde. Millionen Menschen sprachen sich gegen die Remilitarisierung aus, über 70.000 Befragungsaktionen in Betrieben, Stadtteilen und Dörfern waren durchgeführt worden. Es gab 6.136 öffentliche Versammlungen und Kundgebungen.

Man muss wissen, dass es kein Internet gab, keine Online-Petitionen, die man bequem auf dem Sofa unterschreiben konnte. Es war Hand- und Fußarbeit.

Gegen die Befragungsaktionen gab es 8.781 polizeiliche Einsätze, 7.331 Helfer wurden verhaftet und mehr als 1.000 Gerichtsverfahren eingeleitet.

Besonders die Jugend aller Strömungen stand hier im Kampf. Und es brachte ihr 1951 das Verbot der Freien Deutschen Jugend ein. Am 11. Mai 1951 kamen an die 30.000 Jugendliche nach Essen für eine Demonstration. Die war aber ein Tag vorher von der Landesregierung verboten worden und so wurden die Jugendlichen von mehreren Hundertschaften von Polizisten erwartet. Die trieben mit Gummiknüppeln und Schüssen die Demonstranten auseinander, es gab mehrere Schwerverletzte, der 21jährige Arbeiter Philipp Müller aus München wurde von einem Polizisten erschossen, 260 Jugendliche wurden verhaftet.

Im selben Jahr, im November 1951, beantragte die Bundesregierung das Verbot der KPD. In einigen Bundesländern wurde im selben Jahr auch die VVN verboten.

Dies zeigt vielleicht ein wenig, wie grundsätzlich ...

weiter geht es auf Seite 2

Rechte Listen in Betriebsräten

Am 08. Juni 2026 fand in der Arbeitnehmerkammer (ANK) Bremen eine Veranstaltung zur Rolle faschistischer oder im offiziellen Sprachgebrauch „rechter“ Betriebsräte oder Listen in Betriebsräten statt. Es moderierten Marion Salot und Michaela Gröne von der ANK.

Die Germanistin, Kultur- und Medienwissenschaftlerin Daphne Weber hielt einen einführenden Vortrag, in welchem sie zu Entwicklung und Methoden rechter Betriebsratsarbeit referierte. Als treibende Kraft solcher Gruppen fungiert die 2009 von Oliver Hilburger als „Zentrum Automobil“ gegründete heutige Liste „Zentrum“. Deren inhaltliche Arbeit erschöpft sich in positiver Selbstdarstellung gegenüber anderen Betriebsräten und Gewerkschaften, welche als elitär, korrupt und nicht arbeitnehmerorientiert dargestellt werden. Die Politik der etablierten Gewerkschaften sorgt laut „Zentrum“ für den Abbau und die Schlechterstellung von Arbeitsplätzen. Andere Themen des „Zentrums“ zeigen ihre Verankerung in der Automobilbranche. So werden die Abschaffung des Verbrennungsmotors und auch die Klimapolitik im Allgemeinen für den Arbeitsplatzverlust von Kolleg*innen verantwortlich gemacht.

Sehr angenehm in Daphne Webers Vortrag war ihre durchgehende Erläuterung von Fach- oder Spezialbegriffen, die entweder in rechten Zusammenhängen oder in der Sozial- und Arbeitswissenschaft genutzt werden. Fazit ihres anschaulichen Referats war die Erkenntnis, dass die rechten Listen keine konkrete Betriebsratsarbeit machen, (etwa Aushandeln von Betriebsvereinbarungen, arbeitsrechtliche Recherchen und Be-

ratungen, etc.) und sich in der Hauptsache als „wahre Stimme der Arbeitenden“ inszenieren, wobei sie nicht nur AfD-nahe Positionen (die übrigens auch CDU-nah sind) vertreten, sondern auch regelmäßig mit die-

So beschränkte sich die Runde auf Daphne Weber, Christian Wechselbaum (DGB), Ralf Wilke (Betriebsrat Mercedes), Felix Groell (IG Metall BHV) und Nils Wolpmann (ver.di) sowie die Moderatorinnen.

Abstimmungsverhalten der AfD	
Damit ist nun endgültig bewiesen, dass die AfD definitiv nicht die Partei des kleinen Mannes ist!	
1. Höhere Freibeträge für Alleinerziehende	ABGELEHNT
2. Grundrente für 1,3 Mio Rentner*innen	ABGELEHNT
3. Streichung des Solidaritätszuschlags	ABGELEHNT
4. Einmaliger Kinderbonus von 300 Euro je Kind	ABGELEHNT
5. Mehr Geld für den „Digitalpakt Schule“	ABGELEHNT
6. Finanzielle Aufstockung des Kita-Ausbaus	ABGELEHNT
7. Mindestvergütung für Auszubildende	ABGELEHNT
8. Mehr Investition in Ganztagsbetreuung	ABGELEHNT
9. Entlastung von Geringerdiener*innen durch Reduzierung von Sozialversicherungsbeiträgen	ABGELEHNT
10. Mütterrente	ABGELEHNT
11. Erhöhung der Mütterrente	ABGELEHNT
12. Erhöhung der Erwerbsminderungsrente, der Erziehungs- und Hinterbliebenenrente durch verlängerte Zurechnungszeiten	ABGELEHNT
13. 5 Milliarden für den sozialen Wohnungsbau	ABGELEHNT
14. Bessere Arbeitsbedingungen in der Fleischindustrie	ABGELEHNT
15. Neue Chancen für Langzeitarbeitslose durch Lohnzuschüsse	ABGELEHNT
16. Steuerlast für Besserverdienende senken	DAFÜR
17. Besserer Schutz für Paketbot*innen durch Nachunternehmerhaftung	ABGELEHNT
18. Mehr Sicherheit für Arbeitnehmer*innen auf Abruf	ABGELEHNT
19. 25 Milliarden Überbrückung für Corona-bedingte Umsatzausfälle	ABGELEHNT
20. Mehr Unterstützung bei Corona-bedingter Pflegesituation	ABGELEHNT
21. Abschaffung von Harz-4-Sanktionen	ABGELEHNT
22. Arbeitslosengeld I abschaffen	DAFÜR
23. Erhöhung des Rentenalters	DAFÜR

IG BCE über Martin Kollmann (LinkedIn)

ser Partei kooperieren. Zur Lektüre empfehle ich Daphne Webers aktuelles Buch „Politik der Parole“.

An der anschließenden Podiumsdiskussion sollten ursprünglich Betriebsräte aus Bremen teilnehmen. Angeblich seien aber keine Kandidatinnen gefunden worden. Ich bin selber Betriebsrat und mir ist nicht bekannt, dass in unserem Büro eine entsprechende Anfrage einging, obwohl wir regelmäßig mit der ANK kooperieren.

Die gute Nachricht war zunächst die Tatsache, dass es in der betrieblichen Mitbestimmung weiterhin keine nennenswerte Beteiligung von rechten Listen gibt. Ein Rechtsruck wurde von den Diskussionsteilnehmern dennoch festgestellt. Dazu gehört die aggressive Bekämpfung der betrieblichen Mitbestimmung durch Arbeitgeber. In der Presse lassen sich immer wieder Fälle von „Union Busting“, von Mobbing von Betriebsräten nachlesen.

Hierzu wurde auch auf Daten der Otto Brenner Stiftung verwiesen. Die Zahl der nicht gewerkschaftlich organisierten Betriebe nimmt ebenso zu wie die von Betrieben ohne Arbeitnehmervertretung.

Nils Wolpmann forderte eine klare sozialpolitische Haltung der Betriebsräte. Felix Groell betonte, dass viel mehr gestreikt werden könne und solle und auch andere betriebliche Aktionen den Schutz gegen rechte Haltungen stärken können. Christian Wechselbaum wies darauf hin, dass es eine Tendenz gibt Gewerkschaften und Mitarbeitervertretungen zu zersetzen, etwa durch Hinweise auf das so genannte „Neutralitätsgebot“. Er empfiehlt eine regelmäßige direkte Ansprache der Kolleg*innen. Die Sorgen der Menschen müssen ernstgenommen werden, dass Betriebsverfassungsgesetz sollte reformiert und gestärkt werden, gerade öffentliche Aufträge sollten sich an die Tariftreue halten. Die demokratischen Strukturen müssen gestärkt werden anstatt den Rechten nach dem Mund zu reden.

S. Heesch

Schulstreik

... diese Auseinandersetzung ist, wenn die Ablehnung einer Wiederbewaffnung als staatsgefährdend verfolgt wird. Die Bundeswehr wurde dann 1955 aufgestellt und im April 1956 rückten die ersten Wehrpflichtigen ein.

Wir sollen nun kriegstüchtig werden, wie der Minister Pistorius verkündet hat, und die Werbemaschinerie dafür läuft auf Hochtouren.

Es werden immer ausgeklügeltere Waffen entwickelt, ausprobiert und in Kriegen eingesetzt, aber unverzichtbar für die Entwicklung, für die Herstellung und für das Führen

der Waffen ist nach wie vor der Mensch. Es ist nicht nur der Kampf um die Köpfe. Es gibt zum Beispiel den Operationsplan Deutschland, in dem festgelegt ist, wie alle gesellschaftlichen Bereiche auf das Kriegsführen vorbereitet werden sollen. Wenn ihr heute nach dem Schulstreik nach Hause geht, sprecht mit euren Eltern, Tanten, Onkels, die zum Beispiel über das Arbeitssicherstellungsgesetz in die Planungen einbezogen sind, und fragt sie, ob sie sich nicht dem Kampf gegen die Kriegsmobilmachung anschließen wollen.

Kanzler Merz wurde am 30. Januar im Weser Kurier mit dem Satz zitiert: „Wir sind in der Welt auch eine normative Alter-

native zu Imperialismus und Autokratie“. Er sprach von „Werten, die wir nicht aufgeben wollen“ und die nur durchgesetzt werden könnten, wenn „wir auch selbst die Sprache der Machtpolitik sprechen lernen, wenn wir selbst eine europäische Macht werden.“

Die Geschichte der BRD zeigt, dass wir eben nicht eine Alternative zu Imperialismus sind, dass es seit der Gründung heftige Kämpfe darum gab und dass wir diese Kämpfe weiterführen müssen.

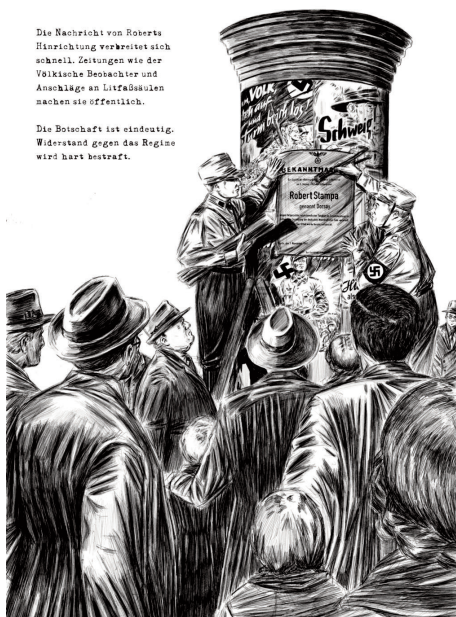
Der nächste Schulstreik gegen die Kriegsmobilmachung findet am 25. September statt.

Projekt Stolperstein

Biografien im Bild – ein Appell gegen das Vergessen
Ausstellung mit Illustrationen von Marcel Fernandez Bucker

Die Stolpersteine im Straßenpflaster sind den meisten bekannt. Der Bildhauer Gunter Demnig entwickelte 1995 diese Idee, um die Erinnerung an die Opfer lebendig zu halten. Vor dem letzten bekannten Wohnort eingelassen erinnern die Messingtafeln an Personen, die im Nationalsozialismus verfolgt, entrechtet und auch ermordet wurden. Zu lesen sind ihre Namen und Geburts- und Sterbedaten, sowie Orte der Deportation und zum großen Teil Ermordung. Die genaue Geschichte und die Menschen dahinter bleiben weitgehend verborgen. Im Haus der Wissenschaft nähert sich der Künstler Marcel Fernandez Bucker vier dieser Biografien zeichnerisch im Stil einer Graphic Novel. Ein Mädchen, eine Familie, ein Künstler und ein Mann. Seine Bilder erzählen deren individuelle Lebenswege und ihre Verfolgung. Die Ausstellung in Kooperation mit der Landeszentrale für politische Bildung und dem Verein Erinnern für die Zu-

kunft e. V. eröffnet so einen persönlichen Zugang zur Geschichte der Verfolgten. Im Hinblick auf das Erstarken der Rechten und deren aggressives Auftreten möchte ich



Die Nachricht von Roberts Hinrichtung verbreitet sich schnell. Zeitungen wie der Volksbeobachter und Anschläge an Litfaßsäulen machen sie öffentlich.

Die Botschaft ist eindeutig. Widerstand gegen das Regime wird hart bestraft.

auf die Lebensgeschichte in den Zeichnungen zu dem Schauspieler Robert Dorsay (Stampa) eingehen. Er wurde verhaftet, weil er seine Meinung sagte und deutlich machte, dass er Hitler und das Regime ablehnt. Um abzuschrecken und ein Exempel zu statuieren, plakatierten die Nazis sogar seine Ermordung in der Öffentlichkeit, hier auf der Zeichnung mit der Litfaßsäule zu sehen.

Wie wichtig den Nazis die Zerschlagung des Widerstandes war, zeigt sich an den schon 1933 entstandenen über 40 „wilden“ Konzentrationslagern in bestehenden Gebäuden. Mit dem Ziel, politische Gegner einzusperren und zu foltern.

Die Ausstellung ist noch bis zum 27. Oktober 2026 zu sehen im Haus der Wissenschaft, Sandstraße 4/5 (hinter der Markthalle 8), 28195 Bremen. Der Eintritt ist frei. Die Öffnungszeiten sind Montag bis Freitag 10:00 – 19:00 Uhr und Samstag 10:00 – 14:00 Uhr.

A. Schlamann

Veteranentag in Bremerhaven und Gegenprotest

Am 14. Juni 2026 wurde in der BRD zum zweiten Mal der Veteranentag veranstaltet. Im Land Bremen fand das Spektakel dieses Jahr auf der Schulschiff Deutschland in Bremerhaven statt. Vor dem Schiff hatten der Bundeswehrverband, der Verband der Reservisten und das Familienbetreuungszentrum Delmenhorst ihre Infotelte aufgebaut. Hauptredner war der Bremer Bürgermeister und Senatspräsident Andreas Bovenschulte. Wie im letzten Jahr protestierte die Bremerhavener Initiative 'Mut zum Frieden', in der auch die VVN-BdA mitarbeitet, mit einem Infostand gegen die Veranstaltung.

Warum protestierten wir gegen das Bundeswehrspektakel? Es lag der Initiative fern, die Frauen und Männer zu verunglimpfen, die als Wehrpflichtige oder Freiwillige persönliche Belastungen und Risiken auf sich genommen haben. Aber wenn es tatsächlich um Anerkennung des Einsatzes von Veteranen für die Gesellschaft gehen würde, warum gibt es keine vergleichbare öffentliche Anerkennung, z.B. für die Pflegekräfte, Feuerwehrleute, Rettungskräfte uvm.?

In Wirklichkeit geht es darum, dass die Bevölkerung daran gewöhnt werden soll, dass das Militär zum normalen Alltag gehört und

uns auf einen möglichen Krieg einzustellen. Jeder Krieg kostet unzählige Opfer, Soldaten und Zivilisten. Der Veteranentag glorifiziert Kampf und Heldentum, die Leiden der Opfer von Krieg, Gewalt und Flucht treten dabei in den Hintergrund.

Statt Veteranentage zu feiern sollten wir dafür eintreten, dass Konflikte durch Diplomatie und ohne Gewalt gelöst werden.

Für eine Welt ohne Krieg. Für eine Zukunft in Frieden.

J. Krauß

Antikriegstag

Am Montag, 01. September, wenn sich der Tag jährt, an dem 1939 „zurückgeschossen“ wurde, wird in Bremen eine Kundgebung gegen die Kriegsmobilmachung stattfinden. Seit der Demonstration und Kundgebung am 01. September 2025 hat sich in puncto Ausrüstung und geistiger Mobilmachung einiges getan. Jüngstes Beispiel dafür ist, dass nun nicht nur die Bremer CDU die Zivilklausel für die Bremer Hochschulen infrage stellt, sondern auch die zuständige Senatorin Müller von den Grünen.

Ein weiterer Punkt, den viele vielleicht gar nicht mit diesem Thema in Verbindung sehen, ist das aktuelle Programm der Bundesregierung mit dem Titel „Ein Programm für Aufschwung und Beschäftigung“. Darin im Kapitel „Arbeitsmarkt“ der Punkt 5: „Für bis zum 31.12.2040 eingestellte Arbeitnehmer ist eine sachgrundlose Befristung bis zu einer Maximaldauer von bis zu 48 Monaten und bei einer bis zu sechsmaligen Verlängerung möglich.“ 48 Monate sind vier Jahre,

nach einer sechsmaligen Verlängerung war man 24 Jahre lang immer nur befristet beschäftigt. Alle vier Jahre mit der Hoffnung auf Verlängerung und vermutlich nicht selten unter dem Motto „Schnauze halten, nicht den Mund zu laut aufmachen und damit die Verlängerung gefährden“.

Die Bundeswehr soll „konventionell zur stärksten Armee Europas (zu) werden“. Dafür wurden Sonderschulden aufgenommen und daraus soll unter anderem der Hafen Bremerhavens „ertüchtigt“ werden. Ertüchtigt für den Transport von Kriegsmaterial in Richtung Osten.

Vor einigen Wochen erst meldete die Presse den Start der Atom-Kooperation von Deutschland und Frankreich. Sie startete ganz praktisch im Juli: „Mit einer gemeinsamen Luftwaffenübung haben Deutschland und Frankreich ihre im März vereinbarte Zusammenarbeit bei der nuklearen Abschreckung erstmals in die Praxis umgesetzt.“

Zwei französische Rafale-Kampffjets, die mit Atomwaffen bestückt werden können, und zwei Eurofighter der Bundeswehr trainierten unmittelbar vor dem Deutschlandbesuch von Frankreichs Präsident Emmanuel Macron die Betankung in der Luft durch ein französisches Tankflugzeug.“ (aus: www.deutschland.de, gestaltet im Auftrag des Auswärtigen Amtes)

Dies nur einige Gründe, am 01. September auf die Straße zu gehen. Hauptrednerin ist Ulrike Eifler, 2. Bevollmächtigte der IG Metall in Würzburg und Streiterin gegen die Militarisierung der Arbeitswelt. Und danach am 26. September, wenn, auch in Bremen, gewerkschaftliche Kundgebungen gegen die Kürzungsorgie der Bundesregierung stattfinden. (weitere Infos über <https://bremerfriedensforum.de/events/event/antikriegstag-gegen-militarisierung-wehrpflicht-und-kriege-fuer-frieden-und-sicherheit/>)

R. Albrecht

Widersetzen in Erfurt: Der Tag aus der Perspektive der Aktivist*innen

Freitag früher Abend – Bremen. Wir stehen in einer Halle. Eine Halle, die voll ist mit Menschen. Menschen, die heute oder besser gesagt morgen nur ein einziges Ziel haben: Den AfD-Parteitag zu einem Desaster für diese zu machen. Die Stimmung ist irgendwo zwischen Anspannung und der Hoffnung, dass sich die Arbeit der letzten Monate auszahlen wird; gepaart mit Ungewissheit was uns erwartet. Eins ist uns allen klar: Es geht nur zusammen. Zusammen stellen wir unsere Körper der AfD und ihrer faschistischen Politik entgegen!

Es gibt so viele Infos vor der Abfahrt und die Zeit rast nur so an uns vorbei. Auf der anderen Seite kommt es einem wie eine halbe Ewigkeit vor, bis unsere Busse endlich Bremen verlassen und wir uns zeitgleich mit 17.000 Antifaschist*innen aus ganz Deutschland auf den Weg Richtung Erfurt begeben. Gegen späteren Abend ist es so weit und wir machen uns auf unseren Weg, dem Faschismus ein Bein zu stellen.

Samstag 03:00 Uhr morgens – Eine Autobahnraststätte. Drei Stunden später, irgendwo auf der Autobahn zwischen Bremen und Erfurt. An Schlaf war bis jetzt nicht oder nur in kleinen Zehn-Minuten-Powernaps zu denken. Viel zu groß ist die Nervosität, die Anspannung. Gleich sollen wir uns mit einem Teil der anderen Busse treffen, um gemeinsam weiter Richtung Erfurt zu fahren. Hat alles funktioniert? Werden alle da sein? Dann die Info. Noch drei Kilometer. Nächste Ausfahrt. Blinker an und raus auf die Raststätte. Da, der erste Bus und da noch einer. Spätestens beim Aussteigen und über den Parkplatz Laufen wird uns klar: Wir sind viele! Wirklich viele! Und das schönste: Alle Menschen hier, egal ob aus Hamburg, Hannover oder Lüneburg, sind aus demselben Grund an dieser Raststätte. Hoffnung kommt auf. Vielleicht können wir es heute tatsächlich schaffen den Faschist*innen in Erfurt gehörig in die Suppe zu spucken. Nach einer kurzen, aber aufregenden Pause geht's zurück in die Busse und wir machen uns alle zusammen auf, um pünktlich in Erfurt zu sein.

Samstag früher Morgen – Die Straßen vor Erfurt. „Guten Morgen, wir sind jetzt kurz vor Erfurt. Ihr könnt langsam alle wach werden, eure Nachbar*in wecken und euch fertig machen zum Aussteigen.“ Die Stimme der Busmoderation weckt nun auch die, die noch schlafen konnten. Draußen graut der Morgen. Wir befinden uns auf einer Landstraße, die uns langsam Richtung Erfurt führt. Alle packen ihre Rucksäcke und es ist zu spüren, wie mit jedem Schritt die Anspannung und Nervosität steigt. Spätestens als alle ihre Westen angezogen haben und nur auf das Signal zum Ausstieg warten ist die Spannung so groß, dass sie sich durch nur einen einzelnen Funken entzünden könnte. Dann kommt es: „Jetzt alle raus“. Adrenalin steigt. Raus aus dem Bus. Freund*innen fin-

den. Einhaken. Einreihen. Adrenalin am Siedepunkt. Loslaufen in der leichten Dunkelheit des Morgens. Von der Landstraße auf einen Feldweg. Alle still. Über uns kreisen die Polizeihubschrauber. Am Horizont erblicken wir etwas. Was ist das? Erste Gerüchte kursieren und auf einmal wird uns klar: Das sind noch mehr Menschen. Das ist der andere Finger, welcher sich ebenfalls auf dem Weg befindet. Euphorie. Adrenalin. Hoffnung. Wir laufen weiter, immer den Menschen vor uns nach. Plötzlich gehen vorne Hände hoch, die nur eines bedeuten können. Wir sind fast da wo wir hinwollen.

Samstag, 09:00 Uhr – Mitten auf der Autobahn. Es wird zur Seite gezeigt, wir trennen uns von dem Finger vor uns und biegen nach rechts ab. Vor uns sehen wir einen steilen Hang und die ersten Menschen, wie sie auf Händen und Füßen hochklettern. Wir stolpern, ziehen und schieben uns gegenseitig hoch, helfen den Reihen hinter uns. Es ist chaotisch, aber sobald wir oben angekommen sind, sehen wir unser Ziel: die A71. Es geht direkt den Hang auf der anderen Seite wieder runter. Manche laufend, andere rutschend kommen wir auf der Strecke an. Der andere Finger hat in der Zwischenzeit die Brücke über die Autobahn passiert und angefangen auf der anderen Straßenseite anzukommen. Zuerst herrscht Verwirrung. Wir wechseln mehrmals die Straßenseite, teilen uns letztendlich ungefähr gleichmäßig auf die beiden auf. Es herrscht Freude über die Ankunft, dann Unruhe. Die Polizei ist da. Vor uns bauen sich ungefähr 20 Beamte, in voller Montur und mit Schlagstöcken bewaffnet, auf. Sie haben ihre Helme auf und wirken unruhig. Wir sind nicht hier für eine Auseinandersetzung mit ihnen, deshalb setzen wir uns hin und eröffnen die Sitzblockade. Nach und nach kommen immer mehr Polizeiautos von vorne, aber auch hinter uns bauen sie sich auf. Aber auch wir bekommen Verstärkung. Ein Kollektiv, das sich in Clownkostümen über die Uniformierten lustig macht und auch weitere Aktivist*innen, die sich zu uns auf die Straße setzen, kommen dazu. Die ursprüngliche Unruhe legt sich langsam. Heute werden wir nicht geräumt werden. Wir haben endlich Zeit uns ein bisschen zu entspannen. Wir packen Essen aus, spielen Karten und manche machen ein kleines Nickerchen. Aber wir müssen trotzdem aufpassen. Auf der Brücke über uns stehen neben der Presse auch Beweiskameras der Polizei. Menschen werden beim Toilettengang gefilmt. Mehrmals wird Menschen von der Polizei dabei auch nachgestellt. Irgendwann erreicht uns die Nachricht: „Die AfD ist schon in der Halle.“ Wir erfahren, dass sie frühmorgens unter massivem Polizeischutz eskortiert wurden. Die Stimmung in der Blockade schwankt. Unverständnis, Enttäuschung und Wut breiten sich aus. Wie kann es sein, dass der Staat und die Polizei diese faschistische Partei so schützen? Für die meisten leider keine neue Erkenntnis, denn

wir haben das schon zu oft erlebt. Nachdem wir nicht mehr effektiv in unserer Blockade sind, melden wir eine Demo an, um uns der Großdemo in der Innenstadt anzuschließen.

Samstag, 12:00 Uhr – Die Felder um Erfurt. Von der Polizei geleitet, machen wir uns auf den Weg. Sie sind bewaffnet und wir sehen Tränengaswerfer. Es geht über Stock und Stein an den Rändern von Feldern entlang. Es wird langsam wärmer und die Autobahn verschwindet langsam hinter uns. Es weht ein leichter Wind, der neben unseren Sprechchören auch unsere Enttäuschung ein wenig verweht. Vor uns tauchen Handzeichen auf. Wir sollen die Reihen kleiner machen. Der Finger zieht sich lang und wir laufen nun, ein bisschen unorganisiert, in Zweierreihen. Wir versuchen möglichst wenig von dem Feld, auf das uns die Polizei geschickt hat, zu zertrampeln. Nach mehreren Feldern kommen wir auf einer Straße, dann zwischen Häusern an. In dem Vorort von Erfurt sehen wir die ersten Anwohner*innen. Während manche uns unfreundlich entgegenblicken, werden wir von dem Großteil lächelnd und winkend empfangen. Unser Gefühl von Machtlosigkeit, das sich nach der Nachricht entwickelt hat, wird durch die Erkenntnis, dass wir den Menschen in Erfurt durch unsere Solidarität Hoffnung geben, abgedämpft. Wir laufen weiter, dann bleiben wir stehen. Der Schichtleiter der Polizei wird abgelöst, deshalb dürfen wir uns über eine Stunde nicht mehr weiterbewegen. Inzwischen brennt die Sonne und wir spannen unsere mitgebrachten Schirme auf. Nach dem Wechsel geht es weiter, aber vor der Großdemo werden wir erneut aufgehalten. Wir seien zu viele, um uns der Demo anschließen zu dürfen. Wir sitzen also weitere zwei Stunden auf einer Straße. Diesmal zumindest im Schatten. Schließlich kommt die Durchsage – Es geht nach Hause.

Samstag 17:00 Uhr – Irgendwo durch Erfurt. Wir sortieren uns nach Städten und laufen geschlossen weiter durch die Stadt. Auf dem Weg zu den Bussen merken wir langsam die Erschöpfung. Trotzdem haben wir noch Momente der Freude, jedes Mal, wenn wir eine winkende Hand im Fenster oder ein lächelndes Gesicht auf der Straße sehen. Vor uns sind plötzlich Schreie. Eine Person wurde aus der Menge herausgerissen. Der Grund ist nicht ersichtlich, das Vorgehen brutal. Wir kommen in einer steilen Straße aus Pflastersteinen, zwischen Wohnhäusern und Gärten, an. In einer Einfahrt feiert eine Familie Geburtstag. Wir singen mit und unterhalten uns mit ihnen. Die ersten Busse schlängeln sich zwischen den geparkten Autos die enge Straße hoch. Unseren Bussen erlaubt die Polizei das nicht. Sie sagen uns, wir müssten nur ein paar Minuten die Hauptstraße ...

weiter geht es auf 5

„Unsere Arbeit, unsere Fabriken, unser Hafen – nicht für euren Krieg!“

Mit diesem zwölf Meter langen Transparent standen wir im vergangenen September im Hamburger Hafen, rund 15 Kollegen, Vertrauensleute und Betriebsräte von Mercedes Bremen und Hamburg, von Airbus, vom GHB, von Enercon, als die Bundeswehr dort im Hafen Krieg spielte. Und wurden von der Polizei – zu Wasser, zu Lande und aus der Luft abgeräumt.

Am 06. Februar standen wir wieder im Hafen, diesmal in Bremerhaven. Anlass war der Internationale Kampftag der Hafenarbeiter, an dem die Docker in über 20 Häfen Italiens, Griechenlands, der Türkei, Spaniens und in Marokko Aktionen gegen die Kriegstransporte gemacht haben. Wir wollten diesen hässlichen schwarzen Fleck in der Mitte der europäischen Landkarte wenigstens optisch ein bisschen bunt machen. Aber auch das war dem Hafenbetreiber EU-ROGATE schon zu viel – er ließ uns abräumen von der Polizei.

Heute sind wir in Emden. Wenn man sich das hier so anschaut, stellt man sich unwillkürlich die Frage: Vor was haben sie eigentlich so große Angst, die Herrschaften der Kriegsregierung, die Kriegsprofiteure aus der Wirtschaft, die Bundeswehrmacht? Sie haben sich hier zusammengerottet – und böse Zungen sagen, dass auch der eine oder andere Gewerkschaftsfunktionär dort herum-schleicht – um über die Rettung des Vaterlandes und der Profite zu entscheiden. Und über unser Leben.

Sie sagen dem Hafenarbeiter, sie sagen dem Arbeiter bei VW, bei Mercedes oder sonst wo, wo gerade Massenentlassungen laufen: „Wir haben Arbeit für dich, gute Arbeit!“ Und sie meinen natürlich Arbeit für den Krieg. Wer dem auf den Leim geht, mit der Haltung „egal was – Hauptsache Arbeit“, der findet sich und seine Kinder morgen auf dem Schlachtfeld gegen die Arbeiter anderer

Länder wieder, mit dem Stahlhelm auf dem Schädel.



Nein, wir Arbeiter können mehr als Panzer bauen. Wir können mehr, als durch unsere Arbeit die Natur zu zerstören. Wir können z.B. eine Eisenbahn bauen, die nicht im Postkutschen-Tempo fast zwei Stunden von Bremen nach Emden braucht. Wir können Brücken bauen, die nicht einzustürzen drohen. Wir können Wohnungen bauen, die für uns auch bezahlbar sind, Schulen, Kindergärten usw.

„Hauptsache Arbeit“ – das ist die Losung derer, die uns für blöd halten, die sich unsere Arbeit aneignen, die unsere Kinder für ihren dreckigen Krieg rauben, die buchstäblich über Leichen gehen für den schnellen Profit.

An die hin zu betteln, die sich heute hier für einen erneuten deutschen Krieg zusammen-

gerottet haben, von ihnen Friedens-Diplomatie zu erwarten, ist ungefähr so, wie wenn das Schaf an die Vernunft des Wolfes appelliert, es bitte nicht zu reißen. Vom Frieden zu träumen mag ja schön sein. Aber es reicht einfach nicht.

Der Friede braucht die Taten und keine Träume oder Worte. Taten wie die der Hafenarbeiter oder der Jugendlichen in Italien oder Griechenland, die Schiffe und Eisenbahnen mit Kriegsgerät blockieren.

Statt „Arbeit um jeden Preis“ kann es eigentlich nur eine Antwort geben, egal, ob wir in der Fabrik oder im Hafen arbeiten: Es gibt genug Arbeit – keinen Handschlag für den Krieg!

Wir werden deswegen am 01. Mai, in Bremen im Roten Anti-Kriegsblock mit der Lösung zur DGB-Demonstration gehen:

Lasst die Arbeit ruhen! Keine Stunde für den Krieg! 7 Stunden an 5 Tagen per Gesetz bei vollem Lohn! Das bringt uns Frieden!

Rede von G. Kupfer, (ehemaliger Betriebsrat im Bremer Mercedes-Werk, bei der Kundgebung gegen die 14. Nationale Maritime Konferenz am 29./30. April in Emden)

Bücherverbrennung

Gedenkveranstaltung Bücherverbrennung in Bremerhaven

Am 06. Mai 2026, dem Jahrestag der Bücherverbrennung in Bremerhaven, fand eine Gedenkveranstaltung statt unter dem Motto „Erinnern ist Mahnung für die Zukunft“. Die Veranstaltung war im historischen Museum Bremerhaven. Organisatoren waren das Bündnis Bremerhaven bleibt bunt, die VVN-BdA sowie die OMAS ...

weiter geht es auf Seite 6

Erfurt

... entlanggehen. Als wir uns auf den Weg machen, drängt sich plötzlich eine Gruppe von Polizisten zwischen uns. Es gibt eine weitere Festnahme. Diesmal wird die Verhinderung der Person als Grund vorgeschoben. Uns wird gesagt, dass Pfefferspray eingesetzt worden ist. Die Sanis und die parlamentarische Beobachtung sind auf dem Weg. Später werden wir erfahren, dass alle Festgenommenen wieder frei sind. Nach einer Stunde Weg, entlang einer leeren Straße, kommen wir endlich bei unseren Bussen an. Ihnen wurde verboten uns weiter entgegenzukommen. Erschöpft und inzwischen den ganzen Tag in Aktion war dieser letzte Teil für uns alle zermalmend.

Samstagabend – Wieder im Bus. Geschafft. Oder nicht geschafft? Wir sind uns unsicher. Ein Wirrwarr aus Gefühlen, was

sich nicht verarbeiten lassen will. Wir haben Präsenz gezeigt. Wir haben Haltung gezeigt. Haben uns widersetzt. Waren friedlich, aber laut. Und dennoch ist da dieses Gefühl, dass die AfD und ihre faschistischen Verbündeten hinter verschlossenen Türen ihre menschenverachtenden Pläne weiter-spinnen durften. Unabhängig von dieser inneren Ambivalenz sind die meisten unserer Körper gerade nicht in der Lage auch nur irgendeinen Gedanken zu formulieren. Zu sehr hat der Tag an uns gezehrt. Die Sonne, Hitze und mehrere Kilometer über Feldwege, Dörfer und die Stadt haben ihre Spuren hinterlassen. Mal ganz abgesehen von der psychischen Belastung durch die permanente Beobachtung und Auseinandersetzung mit der Staatsgewalt, Nazis oder selbsternannten rechten „Journalisten“. Und dennoch, trotz all den Strapazen und Rückschlägen ist da ein gewisser Stolz in uns. Wir haben es wieder mal geschafft, über

17.000 Menschen zu mobilisieren, die heute in Erfurt gezeigt haben, was sie von der AfD und deren „Politik“ halten. Menschen, die sich für eine tolerante und offene Gesellschaft ohne Hass und Hetze einsetzen. Menschen, die keinen Bock auf Faschos haben. Menschen, die Hoffnung und Zuversicht für die Zukunft geben. Vielleicht haben wir es diesmal nicht geschafft den Parteitag zu verhindern, aber eines ist sicher: Wir kommen wieder und wir werden noch mehr werden! Denn es gibt in unserer Gesellschaft keinen Platz für Nazis und ihre Ideologien! Das hat Erfurt, das haben wir gezeigt und werden dies weiterhin tun, bis es auch der letzte Mensch verstanden hat.

Ne wieder ist jetzt! Siamo tutti antifascisti!

Jürgen und Nikolay von Studis gegen Rechts

Ziemlich einzigartig weit und breit

Wo gibt's denn so was: eine antifaschistische Erholungs- und Bildungsstätte, die seit 100 Jahren existiert. Das gibt es in der Tat in der Nordheide, nicht weit weg von Buchholz, am Rande von Seppensen und heißt „Heideruh“. Klingt ein wenig nach Hermann Löns, hat aber nun so gar nichts mit ihm zu tun.

Das Gelände mit einem Holzhaus mitten im Wald wurde von einer Gruppe um den Hamburger Kommunisten Ernst Ludwig Stender 1926 erworben und in den 1920er und 1930er Jahren für konspirative Treffen genutzt für den Widerstand gegen den erstarkenden Faschismus.

Wie das dann weiterging mit dem Haus, hat eine Gruppe um den Historiker Rump ziemlich penibel erforscht und in einer Broschüre sowie einer Ausstellung schriftlich festgehalten.

In dieser ganzen langen Zeit war das Bestehen dieses Hauses durch sehr viel ehrenamtliche Arbeit von Antifaschistinnen und Antifaschisten überwiegend aus Hamburg, Niedersachsen und Bremen möglich. In diesem Jahr feiert Heideruh sein 100jähriges Bestehen mit einem umfangreichen Programm, das auf der Homepage zu finden ist: <https://www.heideruh.de/programm/>

Vor 10 Jahren, als das Haus 90 Jahre alt wurde, erschien in der Buchholzer Kreiszeitung



auch ein ausführlicher Artikel, der im Internet nachzulesen ist:

https://www.kreiszeitung-wochenblatt.de/buchholz/c-panorama/ein-heim-gegen-das-vergessen-die-geschichte-der-erholungs-und-bildungsstaette-heideruh-in-seppensen-sommerfest-am-30-und-31-juli_a80847

Es ist wirklich lohnend, sich über dieses ziemlich einmalige Projekt zu informieren und es gibt vielfältige Möglichkeiten es zu unterstützen.

Zum einen läuft eine Spendenkampagne zur Finanzierung einiger geplanter Projekte, zum anderen gibt es zweimal im Jahr die so genannte Bau- und Putzwoche, die nächste 11. – 16. Oktober. Sie sind eine gute Möglichkeit Heideruh kennen zu lernen und ganz praktisch zu unterstützen.

Und dann bietet sich Heideruh natürlich an, ein Seminar, ein Gruppenwochenende, eine Klausurtagung oder ähnliches dorthin zu verlegen. Die Konditionen dafür, Preise, Verfügbarkeit etc. sind ebenfalls im Internet zu finden: <https://www.gruppenhaus.de/heideruh-buchholz-hs11252.html>

Last but not least: Man kann nach Heideruh auch einfach zum Erholen fahren.

Von Bremen fährt man mit dem Zug bis Buchholz und dann entweder mit dem Bus bis Seppensen oder man nimmt den von Heideruh angebotenen Shuttle-Service in Anspruch. Es spricht also so gut wie nichts dagegen, Heideruh einen Besuch abzustatten.

R. Albrecht

Bücherverbrennung

... gegen Rechts. Mitglieder des Sinti-Vereins Bremerhaven leisteten den musikalischen Beitrag zu Beginn der Veranstaltung. Verschiedene Redebeiträge erinnerten an die Folgen von Zensur, Ausgrenzung und Verfolgung. Höhepunkt der Beiträge war die bewegende Rede des Vorsitzenden des Sinti-Vereins, in der er die Diskriminierung

der Sinti und Roma nach der NS-Zeit, sowie die aktuelle Situation dargestellt hat. An elf Stationen innerhalb des Museums wurden Auszüge aus Büchern von Autorinnen und Autoren gelesen, deren Werke von den Nazis verboten waren und die verfolgt wurden.

Neben der Lesung gab es eine Ausstellung, präsentiert von Schülern der Raabe Schule, über die Bücher weltweit, die, überwiegend

in den USA, derzeit verboten sind. Großes Interesse fand die Aktion „Wir retten Bücher vor dem Wegwerfen“: gegen eine Spende konnten Interessierte gut erhaltene ältere Bücher mit nach Hause nehmen.

80 Personen nahmen an der gelungenen Veranstaltung teil.

J. Krauß



Der Shop für Antifaschist*innen



„Der Bremer Antifaschist“, kurz BAF, ist die Zeitung der Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes – Bund der Antifaschistinnen und Antifaschisten Bremen e.V. (VVN-BdA)

Wir sind Am Speicher XI Nr. 9, 28217 Bremen, erreichbar.

Beim BLG-Forum - nicht im Speicher XI

Tel.: 0421/38 29 14

Fax: 0421/38 29 18

Montag: 15:00 – 17:00 Uhr

Für die Unterstützung unserer Arbeit:

Die Sparkasse in Bremen

BIC: SBRE DE 22 xxx

IBAN: DE06 29050101 000 1031913

Wir sind vom Finanzamt als gemeinnützig anerkannt.

Der Landesvorstand trifft sich **am letzten Dienstag des Monats um 17:00 Uhr.**

Die Sitzungen sind natürlich mitgliederöffentlich.

Namentlich gezeichnete Artikel geben nicht unbedingt die Auffassung der Redaktion wieder.

Im Internet sind zum Teil weitere Artikel, die nicht im BAF stehen.

V.i.S.d.P.: Ulrich Stuwe

Nachdruck ist mit Quellenangabe und Belegexemplar erwünscht!

E-Mail: bremen@vvn-bda.de
Internet: www.bremen.vvn-bda.de

☐ Ich möchte in die VVN-BdA eintreten.

☐ Ich möchte den „Bremer Antifaschist“ probeweise / regelmäßig beziehen.

☐ Ich möchte mehr über die VVN-BdA wissen.

☐ Ich bin bereit einzelne Aktionen zu unterstützen.

Name _____

Straße _____

PLZ, Ort _____

Bremen, den _____